

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 2 18 31 - 33
Fernschreiber 0 886 890

P/KVI/203 - 8. September 1961

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1	<u>Durchschnittsrente DM 192,10</u> Wirklichkeit widerlegt CDU-Behauptungen Von Konrad Schayer	45
2 - 3	<u>Europäische Sozialisten als motorische Kraft</u> Ein Europa-Programm in Vorbereitung	78
3 a.	<u>DFU - kein Platz für Deutsche</u> Beginnende Selbstentlarvung	36
4 - 5	<u>Amerikas Berlin-Position vor dem Treffen der Außenminister</u> Die Einschüchterung des Festens ist nicht gelungen Von unserem Korrespondenten in den USA	91
6 - 7	<u>Die Vergesslichkeit der CDU/CSU</u> Notwendige Erinnerung	80

* * * *

Durchschnittsrente DM 192,10

Von Konrad Schayer

Die Frage, ob eine Mindestrente in Höhe von 225,-- DM im Monat nach einem vollen Arbeitsleben notwendig sei oder nicht, wird von der großen Mehrzahl unserer Landsleute mit Ja beantwortet. Betroffen hat die CDU feststellen müssen, daß sie mit ihrer Ablehnung dieses Kernpunktes des sozialdemokratischen Regierungsprogramms bei den Leuten einfach nicht ankommt. Aus dieser Verlegenheit heraus hat sie nun eine neue Wahlmasche entwickelt. Sie stellt frechweg die Behauptung auf, daß die Mindestrente von 225,-- DM bereits verwirklicht sei. So ist wörtlich in dem Betriebsrätebrief der christlich-demokratischen Arbeitnehmerschaft vom August dieses Jahres zu lesen:

"Der Mindestbetrag der Altersrente mit 225,-- DM monatlich ist heute nach vollen Arbeitsleben durchweg schon verwirklicht."

Unwahrheiten haben aber kurze Beine. In Wirklichkeit sieht es nämlich so aus:

Nach der neuesten Rentenstatistik des Verbandes der Deutschen Rentenversicherungsträger ergeben sich für den Rentenzugang 1959 in der Arbeiterrentenversicherung folgende Rentenzahlbeträge: Das durchschnittliche Altersruhegeld nach Erreichen des 65. Lebensjahres beläuft sich für männliche Versicherte auf 223,30 DM. Die durchschnittliche Altersrente für Männer liegt also noch um 1,70 DM unter der Mindestrente, von der die CDU behauptet, daß sie bereits Wirklichkeit sei. Unter Berücksichtigung auch der Bezücker von Berufsunfähigkeitsrenten beträgt die Durchschnittsrente für männliche Versicherte 192,10 DM. Für weibliche Rentner beträgt die Durchschnittsrente sogar nur 82,60 DM. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, daß sich unter den Rentnerinnen viele Hausfrauen befinden, die nur verhältnismäßig wenige und niedrige Beiträge entrichtet haben. Aber auch die durchschnittliche Witwenrente beträgt nicht mehr als 117,20 DM im Monat.

In der Angestelltenversicherung liegen die Rentenzahlbeträge etwas höher, aber auch dort bekommt die Hälfte der Witwen von Angestellten eine Rente von 170,-- DM oder weniger. Angesichts dieser Tatsachen davon zu sprechen, daß die Grenzen des sozialen Rechtsstaates bereits erreicht seien - dazu gehört schon ein trauriger Mut!

Die CDU pflegt die Ablehnung des Rentenprogramms der SPD auch gern mit der Schreckgespenst einer Inflationsgefahr zu begründen. Aber angesichts des unleugbar gestiegenen Wohlstandes ist auch dieser Vorwand unglauwürdig. Die heutigen unzureichenden Renten sind nicht Folge eines allgemeinen Mangels an Gütern, sondern Folge eines Mangels an Nächstenliebe. Das sei den christlichen Demokraten ins Stammbuch geschrieben!

In einer Zeit, wo wir alle zusammenstehen müssen, wenn wir gegenüber den von außen drohenden Gefahren bestehen wollen, dürfen wir auch unsere Alten nicht vergessen. Ein Lebensabend ohne Not ist kein sozialer Luxus.

+ + +

Europäische Sozialisten als motorische Kraft

M.D. - Am 5. und 6. September tagte in Frankfurt, und damit zum ersten Mal in der Bundesrepublik, die sozialistische Fraktion des Europa-Parlaments mit Sitz in Strassburg. Formell war das eine Arbeitstagung der ständigen Repräsentanten der sechs sozialistischen Parteien, deren Länder und Regierungen auf europäischer Ebene in der EWG und im Europa-Parlament eng zusammenarbeiten. Dem politischen Gehalt nach war das aber ein beachtlicher Schritt, um in Zukunft noch stärker als bisher durch Koordinierung und Aktivierung den sozialistischen Sektor als die eigentliche motorische Kraft der europäischen Bestrebungen zur Wirkung zu bringen. Der fortschreitende Prozess der europäischen Integration wird von den Sozialisten bewusst aus den gesellschaftlichen Zusammenhängen der europäischen Entwicklung heraus verstanden, und darum in erster Linie in seinen sozialen Aspekten gesehen und gefördert. Als Fazit der bisherigen Arbeitsergebnisse und der nächsten grossen Aufgaben auf dem Gebiet der europäischen Integration ergibt sich darum eine klare Frontstellung gegen die jetzt vorherrschende, aber tatsächlich einseitige und sachlich hemmende Art der halb-öffentlichen Europa-Arbeit, die vielfach in Formen eines langwierigen ministeriellen und diplomatischen Vor- und Abtastens und eines gewissen bürokratischen Leerlaufs geführt wird. Gerade wegen der positiven gesellschaftlichen Bedeutung eines grösseren europäischen Zueinmenschlusses, so wurde auf der Frankfurter Tagung betont, werden die europäischen Sozialisten, als Sprecher ihrer grossen Parteien, noch stärker ihre Rolle als Initiatoren und Mittler entwickeln.

In einer anschliessenden Pressekonferenz wurde deutlich, dass diese sozialistischen Vorstellungen in Richtung auf einen intensiveren Ausbau des vielseitigen europäischen Integrationsprozesses tatsächlich auch real widerspiegeln, was an europäischer Expansion in der gesellschaftlichen Sphäre sich anbahnt. Da ausser den Vertretern der sechs europäischen sozialistischen Parteien diesmal als Gäste aus Skandinavien und England auch die beiden Vorsitzenden der dänischen sozialdemokratischen Reichstagsfraktion und das Mitglied des "Schattenkabinetts" der englischen Labourparty Michael Stewart erschienen waren, stand diese Frankfurter Arbeitstagung bereits sichtbar im Zeichen der einsetzenden erweiterten Europa-Gespräche.

Willy Birkelbach, als Vorsitzender der sozialistischen Fraktion des Europa-Parlaments, gab dazu konkrete Vorschläge und Forderungen bekannt, wie insbesondere durch die gleichberechtigte Teilnahme des

Europa-Parlaments, resp. der ihm verantwortlichen EWG-Kommission, bei den kommenden Verhandlungen mit Grossbritannien und Dänemark schneller und besser das erstrebte Resultat erreicht werden soll. Das direkte europäische Gespräch zwischen der sozialistischen Fraktion und den Vertretern der dänischen Sozialdemokratie und der englischen Labourparty werde weitergeführt werden und auf jeden Fall den Gang der allgemeinen Verhandlungen positiv beeinflussen. Der schleppende Verlauf der Verhandlungen mit Griechenland, die nach fast zwei Jahren endlich jetzt durch ein Vertragswerk abgeschlossen werden konnten, solle als Lehre dienen. Das träge Arbeitstempo des Ministerrates und die stets wieder verzögerten und verschobenen Entscheidungen auf fast allen Gebieten erfordere die stetige Initiative der EWG-Kommission. Das gelte umso mehr, als nur auf diese Weise auch dem Europäischen Parlament auf dem Wege der Kontrolle der Exekutive die ihm zustehende Gelegenheit zur Mitberatung gegeben werde.

Zur bevorstehenden Debatte über die Ratifizierung des Griechenland-Vertrages gab Birkelbach bekannt, dass die europäische sozialistische Fraktion dem Vertrag zustimmen, aber eine Reihe grundsätzlicher Vorbehalte als soziale Sicherungen für den schliesslichen Erfolg des Vertrages zusätzlich fordern werde. Die Zugeständnisse an Griechenland können nur sinnvoll sein, wenn sie nicht als eine Art Hilfe für die dortigen arrivierten Schichten wirken und ihnen damit verbesserte Möglichkeiten geboten werden, auf Kosten des Volkes ihre bisherigen privilegierten Lebensbedingungen auszubauen. Durch den europäischen Beitrag müsse umgekehrt erreicht werden: eine Hebung des Lebensstandards der Volksmassen, eine Zurückdrängung der chronischen Arbeitslosigkeit, eine Sicherung der Mindestlöhne und der Koalitionsfreiheit und ein gesellschaftliches "Klima", das die ungehinderte Entfaltung der freien Gewerkschaften in Griechenland ermöglicht.

Am Schluss der Arbeitstagung wurde mitgeteilt, dass ein sozialistisches Europa-Programm vorbereitet wird, das für die sozialistischen Parteien verpflichtend sein wird. Eine Resolution, die die volle Solidarität mit dem bedrängten Berlin ausspricht, und sich zum Recht auf Selbstbestimmung auch für das deutsche Volk bekennt, wurde einstimmig angenommen.

+ + +

DFU - kein Platz für Deutsche

sp - Die "Deutsche Friedensunion" (Die Freunde Ulbrichts) erlebt, eine Woche vor den Bundestagswahlen, bittere Stunden. Die Austritte enttäuschter Mitglieder, darunter auch von Kandidaten für den Bundestag, häufen sich. An der Spitze der zuletzt Ausgetretenen steht der 48 Jahre alte Ingenieur Franz Josef Kuechler aus Saarbrücken; er gehörte zu den Unterzeichnern des Gründungsaufzuges und war bis zu seinem Ausscheiden Mitglied des Bundesvorstandes der DFU. Als Begründung führte Kuechler seine Ermüchterung über das "immer deutlicher zutage tretende völlig einseitige Kräftespiel innerhalb der Führungsgremien der DFU" an. Die christlich-bürgerlichen Kreise "werden verdrängt, während die verkappten kommunistischen Kräfte überhand nehmen".

So kann nur jemand sprechen, der es wissen muss, der miterlebt hat, wie diese ohnehin zur völligen politischen Ohnmacht verurteilte Splittergruppe von Kräften dirigiert wird, die sich jeder Kontrolle entziehen. Der letzte Aufruf der illegalen westdeutschen KP-Litung an frühere KP-Mitglieder, bei den kommenden Bundestagswahlen die Kandidaten der "Friedensunion" zu wählen, dürfte auch noch jene ermüchten, die bisher glaubten, der DFU folgen zu können. Mit diesem Aufruf liessen die Hintermänner ihre sorgsam gehütete Maske fallen. Sie sind aus ihrer Reserve herausgegangen und erfüllten damit einen Auftrag ihres Pankower Schutzherren.

Der 13. August und seine Folgen dürfte die schütterten Reihen der DFU noch mehr lichten. An diesen Tage wurde auch den Blinden offenbar, wo die Feinde des deutschen Volkes stehen, wer den Frieden gefährdet und die Freiheit bedroht. Die DFU hat sich nie zu einer Verurteilung dessen, was sich seit dem 13. August in und um Berlin an Tragödien abspielte, aufschwingen können. Sie schwieg und schweigt zu den schamlosen Provokationen Ulbrichts. Kein Wort des Abscheus über die Teilung Berlins durch Stacheldraht und chinesische Mauern ist in ihren Verlautbarungen zu finden. Innerhalb der eigenen Reihen wurde und wird jede Kritik an der kommunistischen Unterwanderung unterbunden; wer sie dennoch wagte, befand sich bald in völliger Isolierung.

Mancher Irregeleiteter beginnt nun seinen Irrtum einzusehen. Die DFU, so wollten es ihre Auftraggeber, sollte gewissermassen als Pfahl im Fleische der Sozialdemokratie wirken. Diese ihr zugedachte Funktion leidet an Verkümmern. Bundesinnenminister Schröder und Herr Ulbricht werden dies spätestens am 17. September zur Kenntnis nehmen müssen.

Amerikas Berlin-Position vor dem Treffen der Aussenminister

Von unserem Korrespondenten in den USA

New York - Anfang September

Es ist kein Zeichen von Stärke und alliierter Geschlossenheit und Einmütigkeit, dass am 14. September die Aussenminister der westlichen "Grossen Vier" in Washington erneut zusammentreffen müssen, nur wenige Wochen nach einer genau gleichen Begegnung in Paris, Anfang August, um ihre weiteren Schritte und Massnahmen in der Berlinkrise zu besprechen und abzustimmen, - vor allem, wenn man bedenkt, dass ja zwischendurch auch die Botschafter Englands, Frankreichs und der Bundesrepublik in Washington mit dem amerikanischen Staatsdepartement eine permanente "Arbeitsgruppe" aufrechterhalten, die eine Art ständiger diplomatischer Generalstab des Westens sein sollte. Nein, es ist kein Zeichen von Geschlossenheit, wenn man heute noch nicht weiss, allen bisherigen Konsultationen zum Trotz, wie man die von sämtlichen Beteiligten für unvermeidlich gehaltenen Ost-West-Besprechungen über Berlin anpacken, einleiten und auf welcher Ebene man sie führen soll. Das ist gewiss kein gutes Stärkezeichen, - aber auch noch bei weitem kein Grund zum Verzweifeln.

Noch nicht das letzte Wort

Denn jedes Kind auf Erden weiss heute ja, dass die Mühlen der Demokratien nun einmal bedauerlich langsam mahlen und ihre Regierungsmaschinen schwerfällig und bürokratisch sind. Jedes Kind auf Erden weiss auch, dass es mühsam und schwierig ist, die Sonderwünsche und Sonderbedenken der Regierungen von London und Paris mit denen von Bonn und Washington auf einen Nenner zu bringen und die Riesenzahl von innenpolitischen Rücksichtnahmen, Rücksichtnahmen auf Neutrale und Neutralisten, auf Budgetfragen und Verpflichtungen in anderen Erdregionen erfolgreich ausbalancieren zu können. Bedenkt man das alles und findet man sich, wenn auch schweren Herzens, mit der Tatsache ab, dass ein amerikanischer Präsident angesichts aller dieser Dinge nun einmal zu vorsichtigen Manövern gezwungen ist und nicht Chruschtschows spontane Faustschläge mit gleicher Münze heissen kann, - dann wird man der Schlussfolgerung zuneigen, dass noch nichts verloren ist und dass selbst der taktische kommunistische Erfolg der Sperrmauer quer durch Berlin noch längst nicht das letzte Wort sein muss.

Bonner Ideenarmut

Man hat in Deutschland (und vielfach auch anderswo) bedauernd oder gar verzweifelt den Kopf darüber geschüttelt, dass der Westen auf die Errichtung der Sperrmauer nur mit den üblichen und recht

sinnlosen Papierprotesten reagiert hat. Aber eine Reihe Gegenfragen darf man - so berechtigt diese Enttäuschung im Kern auch war - nicht vergessen: erstens, was hätte man denn, ausser vielleicht gewaltsamem Niederreißen dieser Mauer, dagegen unternehmen sollen; zweitens, trifft nicht eine gewisse Mitverantwortung an den mangelhaften westlichen Reaktionen auch die bundesdeutsche Regierung in Bonn, von der man manchmal etwas mehr Ideenreichtum und Initiative erwartet hätte; drittens, wie soll man sich verhalten, wenn man bei den farbigen Völkern Asiens und Afrikas um Sympathie in der Berlinfrage wirbt und - wie sich soeben wieder auf der Belgrader Konferenz der Nicht-ganz-Neutralen gezeigt hat - dabei auf erschütternde Verständnislosigkeit stößt?

Aktivseiten Kennedys

Endlich soll man auch nicht vergessen, dass die Regierung Präsident Kennedys ja auch etliche sehr konkrete und gewichtige positive Leistungen auf ihr Konto buchen kann. Erstens hat sie sich im deutschen Wahlkampf einer musterhaften Neutralität befleißigt und jeglichen Schein einer Vorliebe oder Vorzugsbehandlung einer Seite sorgsam und erfolgreich vermieden. Zweitens hat sie Lyndon Johnson seine psychologisch erfolgreiche Mission erfüllen lassen. Drittens hat sie die Garnison in Westberlin verstärkt (und nach einigem Zögern auch deren materielle Bewaffung und Ausrüstung). Und viertens hat sie mit der Entsendung von General Lucius Clay als Kennedys Sonderbeauftragter nach Berlin bewiesen, dass der Präsident in der Berlinfrage auch weiterhin sein eigener Sachreferent zu bleiben beabsichtigt und er sozusagen das Berlin-Dossier weiterhin griffbereit auf seinem Schreibtisch liegen lassen will, auch wenn vorübergehend andere Themen in den Vordergrund des Interesses rücken. Das sind Massnahmen, die, wie wir wissen, im Osten wohl beachtet und nicht ohne Eindruck geblieben sind.

Schmale Verhandlungsbasis

Natürlich schuf dann schliesslich Chruschtschow mit seiner plumpen und psychologisch total fehlkalkulierten Drohung der neuen Atomtests eine neue Welle, - wenn auch nicht ganz so, wie er sie anscheinend erhofft hatte. Vorübergehend hat sich damit der Westen taktisch, moralisch und strategisch in eine günstige Lage versetzt gesehen: die Verantwortung für das nunmehr bevorstehende Atom-Wett-Testen muss von Moskau getragen werden, die Einschüchterung des Westens ist nicht gelungen, in der bevorstehenden Generalversammlung der "Vereinten Nationen" wird der Westen eine gute diplomatische Ausgangsposition haben- und der Druck der ganzen Weltöffentlichkeit, einschliesslich der Neutralisten, auf Lösung der Berlinkrise auf dem friedlichen Verhandlungswege ist enorm gestiegen. Und für diese Verhandlungen heisst es sich jetzt rüsten.

Freilich ist weder die Form noch ihr möglicher Inhalt bisher ersichtlich. Die Verhandlungsbasis ist erschütternd schmal, solange Moskau über nichts anderes verhandeln will als die westliche Zustimmung zum Friedensvertrag mit Pankow. Es gibt aber amerikanische Beobachter, die glauben, Moskau werde sich am grünen Tisch doch zum Schluss ein wenig elastischer zeigen. Wenn diese Erwartung eintrifft, wird sich die kühle und feste, wenn auch langsame Strategie Präsident Kennedys doch als richtig erwiesen haben. + + + - 6 -

Die Vergesslichkeit der CDU/CSU

W.P. - Die CDU/CSU polemisiert gegen den sozialdemokratischen Kanzlerkandidaten mit der Behauptung, dieser habe auf seiner Pressekonferenz in Bonn fälschlich gesagt, die Bundesregierung habe seinerzeit ihr Eintreten für den Beitritt zur NATO u.a. damit begründet, dass hierdurch die Wiedervereinigung erreicht würde. Die CDU behauptet ("Deutschland-Union-Dienst", 4.9.1961), ihr Standpunkt sei vielmehr stets der gewesen, dass die Sowjetunion der Wiedervereinigung Deutschlands erst dann zustimmen würde, wenn sie sicher sei, die Bundesrepublik "aus der Gemeinschaft der freien Nationen" nicht mehr herauslösen zu können. Wie sie zu dieser Auffassung kommen konnte, bleibe dahingestellt. Hier sind die Fakten, die zeigen, welche Bedeutung die Frage der deutschen Wiedervereinigung im Zusammenhang mit dem NATO-Bündnis alle Jahre hindurch gehabt hat.

"Die deutsch-alliierten Verträge sind der einzige Weg zur Wiedervereinigung Deutschlands."

(Adenauer in Bamberg, "Frankfurter Allgemeine", 2.7. 1951)

"Die deutsche Einheit kann nur durch eine Integration Europas wiederhergestellt werden."

(Adenauer in Bonn, dpa, 11.9. 1952)

"Dr. Adenauer wünscht jetzt nicht über die deutsche Wiedervereinigung und über einen deutschen Friedensvertrag zu verhandeln. Er wünscht nicht, die gegenwärtigen Bedingungen der deutschen Ostgrenze zu behandeln, bis eine deutsche Armee existiert und bis Deutschland das führende europäische Mitglied der NATO geworden ist."

("New York Herald Tribune", 25.6.1953)

"Wenn die Pariser Verträge vom Bundsrat verabschiedet sind, dann sind wir ein grosses Stück weitergekommen auf dem Wege zum Frieden, zur Freiheit und zur Wiedervereinigung."

(Adenauer in der 72. Sitzung des Bundestages, 27.2. 1955)

"Nichts ist für die Wiedervereinigung schädlicher, als das hektische Geschrei nach neuen Initiativen."

(Dr. Schröder, Bundesinnenminister, dpa 18.8. 1957)

"Wenn wir eines Tages zu einer Verständigung auch mit Sowjetrußland kommen, werden Warschauer Pakt und NATO der Vergangenheit angehören."

(Adenauer in Bundestag, 6.4.1960)

"In der Frage der Wiedervereinigung geht es zunächst um die Befreiung der 17 Millionen in der Sowjetzone."

(Dr. v. Brentano, Bundesausserminister, nach "Abendpost", 2.5.1956)

Darum setzte sich die SPD mit den übrigen Parteien des Bundestages am 30. Juni 1961 für die Initiative von Bundespräsident Dr. Eugen Gers enmaier ein - die von der CDU-Bundesführung leider abgewertet wurde. Der Bundestag erbat in der Sitzung das Gehör und die Unterstützung der Völker, der Regierungen und Parlamente der Welt für seine Forderung, dass dem deutschen Volk das Selbstbestimmungsrecht zuerkannt werde. Friedensverhandlungen sollten Klarheit bringen über:

1. den militärischen und politischen Status des zukünftigen Gesamtdeutschlands,
2. die Bereinigung der materiellen und rechtlichen Fragen, die sich aus dem Zweiten Weltkrieg ergeben und
3. über die Zuerkennung des Selbstbestimmungsrechtes an das deutsche Volk, entsprechend der Charta der Vereinten Nationen, die auch von der Sowjetunion am 26. Juni 1945 unterzeichnet wurde.

Eine Initiative in dieser Richtung ist, das muss um der geschichtlichen Wahrheit willen hier festgestellt werden, von der CDU/CSU bis heute nicht ausgegangen. Dabei versprochen sie dem deutschen Volk im letzten Wahlkampf:

"Wenn die Wähler uns am 15. September im gewohnten Umfang ihre Stimme geben, dann wird es im Verein mit den freien Völkern der Welt, und vor allem der USA, zu einer kontrollierten Abrüstung kommen. Dann wird die Atomwaffe ihren Schrecken verlieren und dann werden wir mit unseren deutschen Brüdern in Freiheit und Frieden vereint werden ..."

(Adenauer in Nürnberg,
"Süddeutsche Zeitung," 8.7.1957)

Erscheint am Schluss der Regierungszeit Adenauers und der CDU/CSU die Wiedervereinigung nicht ferner als je? Seit dem 13. August zieht sich eine "chinesische Mauer" durch Berlin und verwandelt die Sowjetzone in ein grosses Gefängnis. Ist damit nicht bewiesen, dass mit Waffen allein die Ziele einer deutschen Politik nicht erreicht werden, dass die Atomdrohung in Mitteleuropa Frieden und Sicherheit weniger gewährleisten als Verständigungs- und Verhandlungsbereitschaft?

+ + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel